Bestellungen an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 13.50, auswärts 13.80 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 70 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung K. Paischmann.

Nr. 242 — Montag den 17. Oktober 1921 — 95. Jahrgang

Ein Wort zu den „Goldwert"-Steuern.

Von Dr. Kohler.

Seit geraumer Zeit kommt die öffentliche Meinung nicht zur Ruhe, seitdem der Reichswirtschaftsminister das Schlagwort von den „Goldwerten" unter die Massen geworfen und einen Weg gewiesen hat, dieselben steuerlich zu erfassen. Auch in der Landwirtschaft sieht man mit Besorgnis der Entwicklung entgegen und sucht sie aufzuhalten.

Zunächst wird es nötig sein, auf die Heimat dieser Idee hinzuweisen. Sie fließt offenkundig aus zwei Quellen: einmal aus der ganz katastrophalen Finanznot des Reiches, zweitens aus einer parteipolitischen Tendenz, welche diese Not auszubeuten sucht. Ihr ist es ja möglich, die Not des Staates vorzuschützen, um das Privateigentum zu Fall zu bringen, um ihm jedenfalls ganz empfindlich auf den Leib zu rücken und gleichzeitig daraus eine Bürgertugend zu machen. Dieses Bestreben macht denn die Frage auch so schwierig, auch so leidenschaftlich.

Die Finanznot des Reiches zeigt sich deutlich aus folgenden Zahlen:

Am 31. 5. 21 hatte das Reich an fundierten Schulden 78,3 Milliarden Mark, dazu am 31. 8. 21 an schwebenden Schulden 219,0 Milliarden Mark; Gesamtschulden 297,3 Milliarden Mk. Dazu kommt noch die Forderung unserer Feinde mit 132 Milliarden Goldmark. Wenn wir diese Feindesforderung nach der heutigen Valuta in Papiermark umrechnen, ergibt sich die ungeheure Summe von ca. 2600 Milliarden Papiermark.

Neben diesen festen Verpflichtungen des Reiches hat dasselbe noch laufende Bedürfnisse.

Die ordentlichen Ausgaben pro 1921 sind festgelegt auf 48,4 Milliarden Mark, die außerordentlichen Ausgaben pro 1921 sind festgelegt auf 59,6 Milliarden Mk., Summa 108 Milliarden Mk. An Einnahmen sieht der Etat 1921 vor: ordentl. Einnahmen 48,4 Milliarden Mark, außerordentl. Einnahmen 10,5 Milliarden Mark, Summa 58,9 Milliarden Mk. So ergibt sich schon aus dem Etat ein Abmangel von 49 Milliarden Mk. Dazu kommt noch die Jahresleistung an unsere Feinde in der Höhe von 2,0 Milliarden Goldwerte, 26 Proz. Ausfuhrabgabe, 1,3 Milliarden Goldwerte, Summa 3,3 Milliarden Goldwerte. Diese 3,3 Milliarden Goldwerte bedeuten je nach dem Stand der Valuta eine Summe von 40—60 Milliarden Papiermark jährlich. Es fehlen uns also im laufenden Rechnungsjahr mehr als 100 Milliarden Papiermark.

Wie sollen wir diese Mittel aufbringen? An Mitteln stehen einem Reich zur Verfügung: Steigerung der eigenen Erwerbseinkunft, Kredite im In- und Ausland, und drittens Steuern. An den ersten Weg wird man nicht denken in Anbetracht der hohen Defizite, welche Post und Eisenbahnen aufweisen. An eine innere Anleihe evtl. Zwangsanleihe hat man auch keinen Glauben und Auslandskredite sind bis jetzt nur spärlich geflossen und stehen uns teuer. So bleibt noch der Steuerweg.

Um die alten Steuern ergiebiger zu gestalten, beschloß man zunächst: Erhöhung der Zuckersteuer, Branntweinsteuer, verschiedener Verbrauchssteuern (Bier, Leuchtmittel, Zündwaren, Mineralwasser), Zollerhöhungen, Erhöhung der Kohlensteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Versicherungssteuern, Verdoppelung der Umsatzsteuer, Einführung eines Süßstoffmonopols und der Besteuerung der Buchmacherwetten.

Ferner Erhöhung der Körperschaftssteuer auf 30 Proz., Einführung der Kapitalverkehrssteuer, Veredelung des Reichsnotopfers, Vermögenszuwachssteuer und Nachkriegsvermögenszuwachssteuer. Allein auch diese Steuerquellen fließen zu spärlich, um den fehlenden Riesenbedarf zu decken. Wenn auch die Steuerbeträge von 64,5 Milliarden Mark bisher auf ca. 80 Milliarden gesteigert werden können, dann bleibt eben doch noch ein Abmangel, der die Höhe von 100 Milliarden Mark je nach dem Valutastand beinahe erreicht oder aber übersteigt. Außerdem verlangen diese neuen Steuern wieder eine ganze Anzahl neuer Beamten und erhöhen so die Reichsausgaben.

Es erhebt sich so die ernste Frage, ob diese Steuern überhaupt aus dem Wirtschaftsertrag des deutschen Volkes gezogen werden können oder nicht. Der Friedensertrag der deutschen Volkswirtschaft wurde auf ca. 43 Milliarden Goldmark berechnet, heute schätzt man ihn auf ca. 25 Milliarden Goldmark, was ungefähr 300 Milliarden Papiermark mit Inlandswert entspräche. Davon nun in Gestalt von Steuern mindestens 180 Milliarden Mark wegzunehmen, ist schlechterdings unmöglich, da sonst bei einem 60 Millionenvolk noch 2000 Papiermark pro Kopf übrigbleiben würde und sie damit nicht leben können.

So kam man auf den Gedanken, das Vermögen selbst anzugreifen und zwar außer den oben genannten Vermögenssteuern noch in der Form der sog. „Goldwerte". Darunter versteht man aber nicht, wie schon mancher Bauer meinte, das Gold, das noch da und dort angesammelt ist, sondern damit meint man seinen Grund und Boden, seine Betriebsanlage, wie auch die des Handwerks und Unternehmertums. Dann sagt man, der Grund und Boden, die Gebäude, Maschinen etc. sind heute das 8—15fache wert von dem, was sie anno 1913 gekostet haben; von dieser Wertsteigerung soll dem armen Reich etwas zugute kommen. Dieser Gedanke wurde denn auch vom Reichswirtschaftsminister zu einem festen Steuerplan ausgearbeitet: man berechne den 15fachen Friedenspreis und nehme davon 20 Prozent. Also, ein kleiner Bauer, der anno 1913 ein Vermögen von 20 000 M besaß, sollte heute 300 000 M haben und davon 60 000 M Steuern bezahlen. Da er natürlich unmöglich gleich bezahlen kann, nimmt das Reich eine Hypothek auf seinen Besitz, die mit 4 Prozent zu verzinsen ist, so daß er neben den anderen Steuern noch einen Steuerzins von 2400 M jährlich aufzubringen hätte.

Weil dieser sozialistische Plan denn doch zu ungeheuerlich war, wurde er durch einen zahmeren ersetzt. Man will „nur" noch den 8fachen Friedenswert nehmen und davon 20 Proz. Obiger Bauer müßte also 32 000 M Steuern bezahlen und verzinsen.

Selbst wenn dieser ganze Plan gut und ehrlich gemeint wäre, und nicht der Hoffnung auf Sozialisierung entsprungen wäre, wäre er abzulehnen aus den verschiedensten Gründen.

Zunächst ist es eine Begriffsverwirrung, wenn man die früheren Goldwerte in die heutigen Papierwerte umrechnet und damit einen Vermögenszuwachs beweisen will. Nicht die festen Werte sind im Kurs so gestiegen, sondern das deutsche Währungsgeld ist im Wert gesunken, ist minderwertig geworden. Die festen Werte sind im Wert stehen geblieben, darum muß heute derselbe feste Wert eine größere Summe von minderwertigen Währungseinheiten binden. Der Besitzer ist darum in diesem Besitz nur nicht ärmer, aber zunächst auch nicht reicher geworden. Die Frage, ob unser Besitz mehr wert geworden sei, läßt sich nur beantworten, wenn man den früheren Wertmaßstab, den Goldwert, mit dem heutigen Goldwert vergleicht. Ob in Gold bezahlt heute ein Feld, Haus usw. mehr gilt als früher, das entscheidet. Dann könnte man allerdings von einem unverdienten Vermögenszuwachs sprechen, der eine steuerliche Erfassung rechtfertigen würde.

Aber auch dann wäre bei der Umrechnung in Papiermark als Steuerbemessungsgrundlage alle Vorsicht am Platze, da ja unsere Papiermark noch gar nicht stabil ist und bei einem steigenden Kurs bei gleichbleibender Steuersumme eine Mehrbelastung der Steuerträger eintreten würde. Der Besitz hätte dann aus Steuerrücksichten eher ein Interesse am sinkenden Markkurs. Das wäre aber eine volkswirtschaftl. Perversität.

Andererseits ist das Vermögen, zumal in der Landwirtschaft, nicht mobil, d. h. es kann nicht ohne weiteres in Geld umgesetzt werden. Der Grund und Boden ist wirtschaftlich eben nicht an und für sich Wert, sondern nur als Mittel zum Zweck, als Möglichkeit, darin seine Arbeit anzulegen u. sich eine Existenz aufzubauen. Ob man mir daher 20 000 M oder 30 000 M bietet, bedeutet mir gleichviel, wenn ich ihn selbst brauche und ihn nicht verkaufen kann, dabei aber die Sicherheit fehlt, daß ich an dem Tage, da ich ihn wirklich entbehren kann, diese gebotene Summe noch bekomme. Ein armer Mann und ein Millionär gerieten einmal in einen Sturm und verirrten. Vor Hunger erschöpft setzten sie sich nieder. Der arme Mann hatte aber noch ein Stück Wurst und Brot für 1 Taler in der Tasche, die ihm der reiche Mann mit 10 000 Goldtalern bezahlen wollte. Er brauchte sie aber für sich selbst und dieses glänzende Angebot nützte ihm nichts.

Dann hat diese Goldwertesteuer noch tiefgehende volkswirtschaftliche Nachteile, wie sie die Vermögenssteuern überhaupt gern in sich tragen. Vermögenssteuern aus volkswirtschaftlichen Gründen rundweg abzulehnen, wäre nicht richtig, ihnen ohne weiteres Produktionshemmung zuzuschreiben, wäre falsch. Es kommt aber jeweils auf die Volkswirtschaft an, in der sie erhoben werden und schließlich entscheidet, welcher Zweck der wichtigere ist. In einem Volk, das einen ziemlich gesättigten Kapitalmarkt hat, wirken sie anders, als in einem Volk, das seine Wirtschaft erst aufbaut, das Mangel an Kapital hat, anders in einem Industrie- und Handelsstaat als in einem Agrarstaat. Wo die Vermögenssteuern nur einen gewissen Luxus hemmen, sind sie volkswirtschaftlich nicht so tiefwirkend. Sie werden aber umso gefährlicher, je tiefer sie in den volkswirtschaftlichen Betrieb eingreifen, je mehr sie einen Bestand angreifen, der in dem Produktionsprozeß angelegt ist, wie es die geplante Steuer tut. Dadurch wird das Mittel in der Hand der Unternehmer gekürzt, die Arbeit weniger vollkommen und weniger Ertrag erzielt. Es ist doch eine alte Tatsache, daß Kapitalarmut den technischen Fortschritt in jedem Betrieb hemmt, daß nur dort, wo weitere Kapitalien frei, noch keinem Wirtschaftszweck dienstbar gemacht sind, neue Anlagemöglichkeiten gesucht werden, neue Arbeitskräfte gebunden werden in immer neuen Unternehmungen. Fehlt dieser Antrieb, so hört die Entwicklung mehr oder weniger auf; es gibt Stillstand und dieser ist gleichbedeutend dem Stillstand im Wohnungsbau. Wer hätte denn vorhergesagt, daß, nachdem Millionen junger Männer gefallen sind, Hunderttausende an den Blockadefolgen gestorben, in ganz Deutschland eine einzigartige Wohnungsnot entstehen würde? Genau so wenig wollen heute die Kreise der Besitzlosen einsehen, daß durch eine so ungeheure und übermäßige Belastung des Wirtschaftskapitals ein Stillstand der Wirtschaftsentwicklung eintreten wird und daß wir dann so wenig wie hier in der Lage sein werden, dieser Not abzuhelfen. Nur wird die Auswirkung dieses Stillstandes der Wirtschaftsentwicklung viel katastrophaler sein als die erstere, weil wir dadurch für große Massen gerade der Besitzlosen keine Arbeit und keinen Verdienst mehr haben werden. Die Leidenschaft der Besitzlosen ist dem Vorgehen jenes Kurzsichtigen zu vergleichen, der den Ast, auf dem er saß, selbst abgesägt hat, dem Beginnen eines Menschen gleich, der aus Aerger darüber, daß sein Nachbar mehr besitzt als er, zunächst diesen tötet und dann Selbstmord begeht.

(Fortsetzung folgt.)

Um Oberschlesien.

Die britische Regierung nimmt an.

London, 15. Okt. Die britische Regierung beschloß gestern am Schlusse eines Kabinettsrats, dem Balfour beiwohnte, rückhaltlos die Anregungen des Völkerbundsrats über den oberschlesischen Konflikt anzunehmen. Wir erfahren hierzu, daß Balfour im Verlaufe seiner Darlegungen vor den Ministern auf den objektiven Charakter der Völkerbundsratslösung hinwies, die sich von dem bisher bestehenden Vorurteil gelöst habe, wodurch die oberschlesische Frage verdunkelt worden sei. Der Völkerbundsrat habe das Problem von ganz neuen Gesichtspunkten aus studiert und eine gerechte Lösung ausgearbeitet. Die Ausführungen Balfours wurden sehr beifällig aufgenommen und das Kabinett nahm nicht nur die Grenzlinien an, wie sie vom Völkerbundsrat gezogen worden sind, sondern auch die wirtschaftlichen Anregungen, weil sie dem Interesse der Beteiligten voll entsprächen. Die britische Regierung ist ferner geneigt, die von Briand vorgeschlagene Uebergangsprozedur gutzuheißen.

Keine Sitzung des Obersten Rats?

Die Botschafterkonferenz als letzte Instanz.

Paris, 15. Okt. „Havas" berichtet: Die britische Regierung hat gestern die französische Regierung benachrichtigt, daß sie die französischen Anregungen über das hinsichtlich der Empfehlungen des Völkerbundsrats einzuschlagende Verfahren annehme. Die Botschafterkonferenz wird also beauftragt werden, diese Empfehlungen in Beschlüsse umzuformen und wird geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung ihrer Anwendung festsetzen. Die Botschafterkonferenz wird ohne Zweifel die deutsche und die polnische Regierung auffordern, Bevollmächtigte zur Besprechung der wirtschaftlichen Verwaltung zu bestimmen.

Annahme des Genfer Spruchs durch die Botschafterkonferenz.

Paris, 15. Okt. „Havas" meldet: Die Botschafterkonferenz hat sich in ihrer heutigen Sitzung der vom Völkerbundsrat empfohlenen Lösung hinsichtlich der Grenzziehung in Oberschlesien und der wirtschaftlichen Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und Polen getroffen werden sollen, angeschlossen. Sie wird in ihrer nächsten Sitzung, die auf Montag festgesetzt ist, die verschiedenen Einzelheiten zu ihrer Durchführung prüfen.

Frankreich gegen Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein.

Paris, 15. Okt. Der gestrige Ministerrat prüfte auch die Frage der militärischen Sanktionen. Entgegen der Meinung der Regierungskreise vor 14 Tagen, die dahin ging, diese Sanktionen aufzuheben, haben die Minister einmütig erklärt, daß von einer Aufhebung dieser Sanktionen einstweilen nicht die Rede sein könne. Dieser Umschwung soll auf das Vorgehen Deutschlands zurückzuführen sein, das in London Lloyd George zu bewegen versucht habe, in Genf zugunsten Deutschlands einzugreifen.

Kleine politische Nachrichten.

Neue Gehaltsforderungen der Beamtengewerkschaften.

Berlin, 15. Okt. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften teilt mit:

Die Besoldungen der Beamten, Angestellten u. Arbeiter des Reichs, der Länder und der Gemeinden befinden sich mit der Entwertung des Geldes, die sich in der allgemeinen Teuerung bemerkbar macht, keineswegs mehr in Einklang. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften hat daher, um rasche, wirksame, durchgreifende Abhilfe zu schaffen, der Reichsregierung und dem Reichstag entsprechende Vorschläge unterbreitet. Neben der allgemeinen Forderung, daß bei Bemessung der Besoldungen die Entwertung der Mark im Inlande in vollem Umfange Berücksichtigung finden müsse, wird verlangt:

Eine wesentliche Erhöhung des Grundgehalts, Umwandlung des bisherigen abgestuften Ortszuschlags in ein veredeltes Wohnungsgeld, das dem durchschnittlichen Aufwand für Wohnung u. Fahrgeld für den Verkehr zwischen Wohnung und Arbeitsstätte entspricht, ein gleichmäßiger u. der Teuerung angepaßter Kinderzuschlag für alle Ortsklassen und Besoldungsgruppen, ein besonderer, nach Hundertteilen des Grundgehalts für alle Ortsklassen u. Besoldungsgruppen gleich bemessener Teuerungszuschlag ausschließlich zum Grundgehalt unter Festsetzung einer Mindestsumme für die Geringstbesoldeten usw.

LANDKREIS CALW — Kreisarchiv Calw

Im Interesse der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und der Gemeinden ist zu erwarten, daß die Regierung möglichst bald den Termin bekannt gibt, an dem die Verhandlungen über die obengenannten Punkte geführt werden können.

Böse Aussicht.

Berlin, 15 Okt. Wenn die Nachrichten über die Teilung Oberschlesiens sich bestätigen, dann gehen 86 Prozent der oberschlesischen, bezw. 42,5 Prozent der gesamten deutschen Kohlenvorräte bis zu 1500 Meter Tiefe verloren. 64 Proz. der oberschlesischen Steinkohlenförderung, kommen an Polen was nach den Förderungsziffern von 1913 einen jährlichen Ausfall von 28 Millionen Tonnen Steinkohlen für Deutschland bedeutet. Es kommt hinzu, daß die deutschbleibenden Kohlenbergwerke zum großen Teil stark abgebaut sind. Von der gesamten deutschen Zinkproduktion gehen mehr als 60 Prozent an Polen verloren. Ebenso kommen sämtliche deutsche Zinkhütten in polnische Hand.

Polnische Vorbereitungen zum Einmarsch.

Berlin, 15 Okt. Aus Breslau wird gemeldet: Das Programm des polnischen Oberkommandos zur Besetzung der Polen zufallenden oberschlesischen Gebiete ist fertig. 4 polnische Divisionen, 2 kongreß-polnische und 2 neugebildete oberschlesische sind zum Einmarsch längs der oberschlesisch-kongreßpolnischen Grenze bereitgestellt.

Auf dem Weg zur Laienjustiz.

Reichsjustizminister Schiffer hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, wonach außer den Schöffen und Geschworenen auch den Vertrauensmännern der Ausschüsse, die die Auswahl der Laienrichter zu treffen haben, eine Entschädigung zugesprochen wird. Hierdurch soll den unbemittelten Schichten der Bevölkerung die Teilnahme an der Laienjustiz erleichtert werden.

Ein unabhängiger Kultusminister in Thüringen.

Erfurt, 15 Okt. Im thüringischen Landtag wurde gestern der unabhängige Volksschullehrer Greis gegen die Stimmen der bürgerlichen Minderheit zum thüringischen Kultusminister gewählt.

Verbot der „Nürnberger Volksstimme".

Nürnberg, 16 Okt. Die „Voss. Ztg." hört: Die Nürnberger „Unabhängige Volksstimme" wurde auf eine Woche verboten, weil sie den Minister Rathenau als französischen Wiederaufbauminister und als Lügner bezeichnete.

Zum Tod des Senators Knox.

Ganz plötzlich ist der ehemalige amerikanische Staatssekretär Senator Knox infolge eines Schlaganfalls verschieden. Knox ist aller Welt durch seine bekannte Resolution, die sich gegen die Teilnahme Amerikas am Versailler Friedensvertrag richtete, bekannt geworden. Er ist einer der entschiedensten Gegner der Wilson'schen Politik gewesen, blieb aber außerhalb des Kabinettes Harding's, da ihm auch die Politik der Republikaner nicht scharf genug die amerikanische Monroe Doktrin vertrat. Sein plötzlicher Tod wird möglicherweise die Ratifizierung des deutsch amerikanischen Friedensvertrages etwas verzögern und den Wilson-Leuten neues Wasser auf ihre Mühle liefern.

Die österreichisch-ungarische Uebereinkunft.

Wien, 15. Okt. Die in Venedig festgelegte Grundlage des erst abzuschließenden Uebereinkommens besteht in folgendem: Durchführung einer Volksabstimmung in Oedenburg und in fünf Dörfern, darunter Zirkendorf, durch eine internationale Kommission, der ein österreichischer und ein ungarischer Delegierter angehören, nach Räumung seitens der Banden und nach ordnungsmäßiger Uebergabe Westungarns. Die Entente sieht die Entsendung internationaler Truppenkontingente in das Abstimmungsgebiet vor. Für die Räumung von den Banden ist von der ungarischen Regierung eine Frist von drei Wochen vorgesehen. Sollte die Volksabstimmung einen für Oesterreich ungünstigen Ausgang nehmen, so werden für das bei Ungarn bleibende Gebiet weitgehende Verkehrs- und handelspolitische Vergünstigungen vorgesehen, die man dahin zusammenfassen kann, daß Oedenburg die Rolle einer Art Freihafen annehmen würde. Eine weitere Verpflichtung Ungarns besteht darin, daß Ungarn sich bereit erklärt, den durch die verspätete Uebergabe Oesterreich erwachsenen Schaden zu ersetzen. — Ob dieser Vorschlag zur Durchführung gelangt, hängt von der Entscheidung der parlamentarischen Körperschaften ab.

Revolution in der Ukraine?

Bukarest, 16. Okt. (Verspätet eingetroffen.) Einer Blättermeldung zufolge ist in der Ukraine eine Revolte der Bauern gegen die Sowjets ausgebrochen.

Die amerikanische Nationalschuld.

Die offiziellen Zahlen des amerikanischen Schatzamtes zeigen für September ein Steigen der Nationalschuld um 1 778 000 Dollars. Diese beläuft sich gegenwärtig auf insgesamt 23 924 108 000 Dollars, zeigt also gegenüber dem Stand vom September 1920 einen Rückgang um 903 240 000 Dollars.

500-Millionen-Dollaranleihe der deutschen Industrie.

Berlin, 15. Okt. Nach einer Korrespondenzmeldung hat das Devisenangebot der Industrie feste Form angenommen. Nur über Einzelheiten wird noch verhandelt. Die deutsche Industrie will eine Anleihe von 500 Millionen Dollar gegen entsprechende Verzinsung und bei etwa zehnjähriger Amortisation aufnehmen. Sie setzt dabei voraus, daß sich die Landwirtschaft einer Beteiligung an der Aktion nicht entzieht, sondern in einer ihren Verhältnissen entsprechenden Weise dabei mitwirkt. Die Aussicht für die Anleihe selbst wird von den führenden Männern günstig beurteilt.

Aus aller Welt.

Der Zustand König Ludwigs hoffnungslos.

München, 15. Okt. Privatmeldungen zufolge muß an einem Aufkommen des früheren Königs Ludwig gezweifelt werden.

Kommunistische Racheakte.

Halle, 15. Okt. Einer Meldung des Berliner Tageblatts zufolge ging die große Scheune des Ruscheschen Gutes in der Merseburgerstraße, in der neben anderen Feldfrüchten auch 3000 Ztr. Weizen lagerten, durch Brandstiftung in Flammen auf. Als Brandstifter wurde ein Arbeiter verhaftet, der vor der Polizei erklärte, im Einvernehmen mit seinen kommunistischen Parteifreunden gehandelt zu haben, aus Rache und Verdruß über die hohen Kartoffelpreise.

Das Krankenhaus in Kattowitz brennt.

† Kattowitz, 15. Okt. Seit gestern nachmittag brennt das städtische Krankenhaus. Es herrschte ein Sturm, durch den die Feuersbrunst auf alle Gebäude der Anlage übertragen wurde. Da es außerdem an Wasser mangelt, so war die Bekämpfung des Brandes ungemein erschwert und es ist ein außerordentlich hoher in seinem vollen Umfang jetzt noch gar nicht erkennbarer Schaden entstanden.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 17. Oktober 1921.

Ernennung. Wie wir hören, ist Herr Pfarrer Bader in Enztal-Enzklösterle, Dekanat Nagold, auf die Pfarrei Großgartach, Dekanat Heilbronn, ernannt worden.

* **Volksbildungskurse Nagold.** Heute abend 8 Uhr ist eine Vorbesprechung über die Volksbildungsabende dieses Winters im „Bären". Es wird gebeten, dabei Wünsche vorzubringen und Kritik zu üben; denn nur dann ist eine Berücksichtigung möglich. Jedermann ist willkommen. Wagner.

* **Die Steuerpflicht.** Nach einem Entscheid des Reichsfinanzhofs steht der Umstand, daß eine Handelsniederlassung die erforderliche ministerielle Genehmigung nicht erhalten hat, der Heranziehung zu den direkten Reichssteuern nicht entgegen, wenn eine gewerbliche Tätigkeit ohne Genehmigung ausgeübt wird.

* **Milchwirtschaftliche Fortbildungskurse.** Mit Genehmigung des Ernährungsministeriums wird an der Molkereischule Gerabronn ein 6tägiger Fortbildungskurs für Molker, die mindestens 2 Jahre in einer Molkerei praktisch tätig waren, für Vorstandsmitglieder und Rechner, sowie für sonstige Interessenten der Milchwirtschaft abgehalten werden. Der Kurs beginnt am Montag, den 5. Dezember. Zulassungsgesuche sind an das Sekretariat der Zentralstelle für die Landwirtschaft in Stuttgart zu richten.

* **Falsche Sparsamkeit.** Auf der oberpfälzischen Kreisversammlung der Bayrischen Volkspartei führte der bekannte Bauernführer Dr. Heim u. a. aus: Heute sperren die Bauern, Geschäftsleute und andere die Papierzettel ein. Es gibt nichts Dümmeres als das. Wenn einer im Jahre 1917 zehn Tausendmarkscheine in einen Schrank oder eine Truhe gelegt hat, so liegen sie heute noch drin und auf jedem Schein steht heute noch 1000 ℳ und der Bauer merkt gar nicht, daß ihm unterdessen 7000 ℳ die Mäuse gefressen haben; denn er kann sich heute um die 10 000 ℳ nicht mehr den 5. Teil von dem kaufen, was er sich im Jahr 1917 damit kaufen konnte. Es ist nur eine Täuschung, daß das eingesperrte Geld erhalten bleibt. Hier geht es wie mit dem Schmer, der in der Sonne schmilzt; denn die Mark wird in dem Kasten mit jedem Tag weniger wert, die im Interesse des Volkes sofort nutzbar gemacht werden könnte. Es wäre viel besser, wenn das Geld herausgeholt würde zur Verbesserung des Ackers, zur Trainierung der Wiese, zur Beschaffung der Maschinen, zur Verbesserung des Stalles, der Düngergruben, wovon der Bauer später selbst den Vorteil hat. Das kommt wieder zugute der Handelswelt, dem Handwerk und dem Arbeiter; es kommt Geld unter die Leute.

* **Zur Kohlenversorgung.** Wie in Stuttgart, sei auch bei uns der Einwohnerschaft empfohlen, sich jetzt, bei dem guten Wetter und bei den heutigen Preisen ihren Wintervorrat an Brennstoffen, namentlich an Kohlen, einzulegen. Für die nächsten Monate steht nicht bloß eine Verteuerung der Frachten und eine Erhöhung der Kohlensteuer in sicherer Aussicht, sondern es wird voraussichtlich auch der Kohlenpreis selbst eine weitere Steigerung erfahren.

* **Hagelschläge in Württemberg.** Ueber Zahl und Umfang der diesjährigen Hagelschäden in Württemberg sind bisher nur ungusammenhängende Notizen veröffentlicht worden. Die Geschäftsstelle der Nordd. Hagel-Versicherungs-Gesellschaft für Württemberg gibt hierüber nachstehenden Bericht bekannt: Die im großen und ganzen befriedigende Ernte wurde strichweise durch Hagelschläge empfindlich beeinträchtigt, in verschiedenen Bezirken sogar vollständig vernichtet. Die Zahl der angefallenen Schadenanmeldungen belief sich im abgelaufenen Betriebsjahr bei 31 Schadentagen auf 11 014 mit einer Anmeldesumme von 40 027 760 ℳ An Entschädigungen kamen zur Auszahlung 19 155 850 ℳ Diesem Ausgabeposten steht eine Vorprämieneinnahme von nur 5 756 200 ℳ gegenüber, so daß die württ. Staatskasse nach Ausschüttung des Landeshagelversicherungsfonds noch 5 882 000 ℳ aufzubringen hat. Dieses ungünstige Jahresergebnis ist hauptsächlich durch die schweren Hagelstürme vom 29./30. Juni, die der Gesellschaft 4436 Ersatzansprüche in Höhe von 22 434 370 ℳ Anmeldesumme brachten, herbeigeführt worden. Besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurden durch dieses Unwetter die Oberämter Ulm, Blaubeuren, Laupheim, Ehingen, Biberach und Riedlingen, in denen bei einer erheblichen Anzahl von Gemeinden die Ernte durch Hagelschlag verloren ging. In Einsingen, Ulm und Grimmelfingen kamen beispielsweise an 83 Geschädigte 1 085 314 ℳ zur Auszahlung. Die Gemeinden Geiselingen, Eggingen, Erminger, Pappelau und Ringingen OA. Blaubeuren bezogen 2 855 870 ℳ Entschädigung. Wie diese Gemeinden, hatten auch Altheim OA. Ehingen, Kirchberg OA. Biberach, Unterkirchberg, Ummendorf, Widdingen OA. Laupheim Totalschäden zu verzeichnen. Im ganzen kann in Württemberg nach Maßgabe der versicherten Hektarwerte die Ernte von 7400 Hektar als durch Hagelschlag vollständig vernichtet betrachtet werden. Bei einem durchschnittlichen Ertrag von nur 30 Zentner für den Hektar entspricht dies einem Ausfall von 222 000 Zentner Körnerfrucht.

Der Mensch bedarf des Menschen sehr
Zu seinem großen Ziele;
Nur in dem Ganzen wirket er,
Viel Tropfen geben erst das Meer,
Viel Wasser treibt die Mühle.

Pierrot.

Aus Guy de Maupassant: Gesammelte Novellen.

Madame Lesèore war eine Frau vom Lande, eine Witwe, eine der Halbbänerinnen mit Bändern und rüschengeschmückten Hüten, die, wenn sie unter Leuten sind, immer eine grandiose Miene aufsetzen und ihre unverschämte und rohe Seele unter einem komischen und buntscheckigen Aeußern verbergen, wie sie ihre plumpen roten Hände in ocrufarbenen Handschuhen verstecken.

Sie hatte ein braves, einfaches Mädchen vom Lande, Namens Rosa, als Dienstbote angenommen.

Diese beiden Frauen wohnten in einem kleinen Hause mit grünen Fensterläden, dicht an der Landstraße in einem kleinen Dorfe in der Normandie. Vor dem Hause befand sich ein Gärtchen, in dem sie Gemüse zogen.

Eines Nachts nun stahl man ihnen ein Dutzend Zwiebeln aus demselben.

Kaum hatte Rosa den Raub bemerkt, so benachrichtigte sie ihre Herrin, die in ihrem wollenen Rock heruntergelaufen kam. Das war ein Schreck, ein Schmerz! Man hatte gestohlen, hatte Madame Lesèore bestohlen! Man stahl also in der Gegend, man konnte wiederkommen!

Und die beiden erschrockenen Frauen betrachteten die Fußspuren auf der Erde und tauschten unter vielen Reden ihre Vermutungen aus: „Da sind sie hergekommen, hier sind sie auf die Mauer geklettert, und da sind sie auf das Beet heruntergesprungen."

Und sie dachten mit Schrecken an die Zukunft. Wie konnten sie noch ruhig schlafen!

Das Gerücht des Diebstahls verbreitete sich. Die Nachbarn kamen dazu, konstatierten, stellten ihre Vermutungen auf, und die beiden Frauen teilten jedem Neuankommenden ihre Beobachtungen und Schlüsse mit.

Der Pächter von nebenan hielt mit seinem Rat nicht zurück und sagte: „Ihr müßtet einen Hund haben."

Das stimmte; sie mußten einen Hund haben und wenn auch nur einen zum Wache halten.

Keinen großen Hund. Mein Gott, was sollten sie mit einem großen Hund? Der fraß sie ja arm. Einen kleinen wollten sie haben, einen ganz kleinen, der bellte.

Als alle Mitleidigen und Neugierigen weg waren, überlegte sich Madame Lesèore die Geschichte mit dem Hund einmal gründlich. Sie machte tausend Pläne und verwarf sie alle wieder, von der Vorstellung eines großen, vollen Futternapfes zu Tode erschreckt; denn sie war von dem sparsamen Stamme der ländlichen Damen, die immer ein paar lose Pfennige in der Tasche haben, um, wenn es jemand sieht, den Armen am Wege, oder Sonntags vor der Kirchtür Almosen zu spenden.

Rosa, die den Tieren zugetan war, trug nun auch ihre Gründe vor und beharrte mit Nachdruck auf denselben. Es wurde also beschlossen, einen Hund anzuschaffen, einen ganz kleinen Hund.

Man begab sich auf die Suche, fand jedoch nur derartig große Vielfraße, daß einem bei dem bloßen Gedanken an sie schauderte. Der Krämer hatte wohl einen, einen hübschen kleinen, aber der verlangte zwei Frank Entschädigung dafür, daß er ihn großgezogen. Madame Lesèore aber erklärte, daß sie gern bereit sei, einen Hund zu füttern, jedoch durchaus nicht, einen zu kaufen.

Da brachte der Bäcker, der auch von den Ereignissen wußte, eines schönen Morgens auf seinem Wagen ein sonderbares, ganz kleines, gelbes Tierchen mit, das fast keine Beine, dafür einen Krokodilsleib, einen Fuchskopf und einen Trompetenschwanz hatte, der so lang war, wie sein ganzer übriger Körper. Ein Kunde wollte sich seiner gern entledigen. Madame Lesèore fand den schmutzigen Köter, der nichts kosten sollte, sehr hübsch. Rosa küßte ihn und fragte, auf welchen Namen er höre. Der Bäcker antwortete, er heiße Pierrot.

Man quartierte ihn in eine alte Seifenkiste ein und gab ihm Wasser zu trinken. Er trank. Man warf ihm ein Stückchen Brot vor. Er fraß es. Da hatte Madame Lesèore, die schon unruhig geworden war, einen Gedanken: „Wenn er sich erst an das Haus gewöhnt habe, könne man ihn ja frei herumlaufen lassen. Er fand seine Nahrung dann wohl, wenn er draußen herumstrich."

Man ließ ihn also bald frei herumlaufen, was nicht verhinderte, daß er beinahe verhungerte. Er bellte übrigens bloß, wenn er sich etwas erbettelte. Dann bellte er aber eifrigst.

In den Garten ließ er jeden hinein, ja umschmeichelte die Ankommenden noch und blieb vollständig stumm.

Madame Lesèore hatte sich jedoch an das Tier gewöhnt, sie begann es sogar liebzugewinnen, und ließ es von Zeit zu Zeit ein Stück in Sauce getauchtes Brot aus ihrer Hand fressen.

Doch hatte sie nicht an die Hundesteuer gedacht, und als man ihr acht Frank abverlangte — acht Frank für diesen Köter, der nicht einmal bellte — wurde sie vor Aufregung fast ohnmächtig.

Es wurde sofort beschlossen, sich Pierrots zu entledigen. Aber niemand wollte ihn haben. Zwei Meilen im Umkreise weigerte sich jeder, ihn zu nehmen. Da entschloß man sich denn, weil doch nichts anderes übrig blieb, ihn „den Kopfsprung machen zu lassen."

* * *

Mitten in der großen Ebene hinter dem Dorfe bemerkte man eine Art Hütte oder vielmehr ein kleines Strohdach, das auf dem Boden zu liegen schien. Das war der Eingang zu Pierrots Todesstätte. Ganz senkrecht führt von dort ein Brunnen zwanzig Meter tief unter die Erde und endigt in einer Reihe langer Gänge und Höhlen. Einmal im Jahre steigt man dort hinab, die ganze übrige Zeit dient die Höhle den zum Tode verurteilten Hunden als Begräbnisplatz und oft, wenn man an ihrem Rande vorübergeht, steigt ein langgezogenes Stöhnen, wütendes oder verzweifeltes Gebell, angstvolles Geheul bis zu dem Wanderer herauf.

Die Jäger- und Schäferhunde fliehen entsetzt aus der Nähe dieses von Wehklagen wiedertönenden Loches, von dem ein schauderhafter Geruch der Verwesung aufsteigt.

(Schluß folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

§ Feldmäuse-Vertilgung. Die hiesige Stadtverwaltung hat im Auftrag des Gemeinderats mit der Feldmäuse-Vertilgung, die angesichts der auf Wiese und Acker massenhaft und verheerend auftretenden Nagetiere für jeden Landwirt u. Grundstücksbesitzer eine unabweisbare dringende Pflicht ist, begonnen; sie gibt heute und in den nächsten Tagen durch ihre Feldpolizei-Angestellten zum Legen in die frischen Mauslöcher Giftweizen ab und macht im Gesellschafter jeweils bekannt, welche Feldgewande an den einzelnen Tagen an die Reihe kommen. Dieses Giftlegen soll also auf der ganzen Feldmarkung systematisch unter Aufsicht und Mitwirkung der Feldschützen durchgeführt werden. Es dürfte sich empfehlen, die dadurch verwendeten, offen auf dem Feld herumliegenden Mäuse in aller Bälde zu sammeln und zu vergraben, um Vögel und sonstige Tiere (Geflügel!) vor Schadennehmen zu bewahren; insbesondere sollten in nächster Zeit keine Hunde auf das Feld mitgenommen werden! Es ist zu wünschen, daß die Landwirte die Maßnahmen der Stadtverwaltung in ihrem wohlverdienten Interesse willig unterstützen und damit der großen Feldmäuseplage energisch entgegentreten.

* **Zunahme der Anbauflächen 1921.** Das Stat. Reichsamt veröffentlicht Zusammenstellungen über den Stand der landwirtschaftlich genutzten Anbauflächen Ende Mai 1921. Danach zeigen die Anbauflächen eine zum Teil nicht unbeträchtliche Zunahme bei Winterweizen, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Zuckerrüben, Klee, Luzerne, Wiesen, Bienenweiden, Weinbergen und sonstigen landwirtschaftlich genutzten Flächen. Bei den übrigen Bebauungsarten ist demgegenüber ein Rückgang festzustellen, der indes hinter der Zunahme zurückbleibt, so daß im ganzen eine Zunahme der Anbauflächen gegen das Vorjahr um rund 140 000 Hektar festgestellt werden kann.

Württemberg.

Besuch des Reichspräsidenten. Stuttgart, 16. Okt. Reichspräsident Ebert wird, wie wir von zuständiger Seite erfahren, am 21. Okt. nach Stuttgart kommen, um an der Eröffnung des Museums des Deutschen Auslandsinstitutes teilzunehmen.

Oberschlesien-Kundgebung. Stuttgart, 16. Okt. Von einer nach Tausenden zählenden Protestversammlung Stuttgarter Männer und Frauen im Hof des Neuen Schlosses wurde gestern nach einer Rede des Staatspräsidenten Dr. Hieber ein die Reichsregierung zum Widerstand gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens auffordernides Telegramm, sowie ein Telegramm an den Obersten Rat abgesandt.

r **Der Lohntarif im Gastwirtsgewerbe.** Stuttgart, 15. Okt. Seit 1. August gilt auf Grund kürzlicher Vereinbarungen im Gastwirtsgewerbe ein neuer Tarif. Die tägliche Anwesenheitszeit beträgt einschließlich der üblichen Essenspausen 11 Stunden. Wöchentlich ist ein Ruhetag vorgeschrieben. Die Mindestlohnsätze unter Beibehaltung des Trinkgelds mit Kost und Wohnung betragen je nach Alter und Dienststellung wöchentlich 105—155 ℳ. Aushilfskellner erhalten mit Trinkgeld und Kost pro Tag 15 ℳ, ohne Zukasse 50 ℳ. Kellnerinnen 10 ℳ bezw. 30 ℳ.

Streik und Aussperrung im württ. Baugewerbe. Zur Zeit läßt sich ein Ueberblick über den Umfang, welchen der Streik bezw. die Aussperrung im württ. Baugewerbe bis jetzt angenommen haben, nicht gewinnen. Von Arbeitnehmerseite wird behauptet, daß viele bedeutende Baufirmen und zahlreiche kleinere Unternehmer in ihren Betrieben arbeiten lassen. Die weitere Mitteilung, daß die Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau ihr Einverständnis mit der Aussperrung der Arbeiter ausgesprochen habe, wird als auf einer Verwechslung mit der Neckarbaudirektion beruhend bezeichnet, die ihre Zustimmung zu der Aussperrung gegeben habe.

r **Die Aussperrung im Baugewerbe.** Stuttgart, 15. Okt. Von den 25000 organisierten Bauarbeitern wurden neben 2000 Streikenden in Groß-Stuttgart, Göppingen und Heilbronn 3685 Leute ausgesperrt. Daraus geht hervor, daß eine große Zahl württ. Bauunternehmer die Aussperrungsparole der Unternehmerverbände des württ. Baugewerbes nicht befolgt hat, oder erst befolgen will, denn in Eßlingen und Ulm begann die Aussperrung erst am Samstag. Da und dort im Lande wurden jedoch zwischen den Unternehmern und den örtlichen Arbeiterorganisationen Abmachungen getroffen, wodurch den Bauarbeitern ab 1. Okt. eine Stundenlohnerhöhung von 1 ℳ zugestanden wurde, oder man hat sich auf die Grundlage des Abkommens im Gipsergewerbe geeinigt.

r **Gärungslose Früchteverwertung.** Stuttgart, 15. Okt. Die gemeinnützige Genossenschaft „Früchteverwertung Stuttgart" hat die Großbrauerei Widmaier in Vaihingen a. F. für ihre Zwecke umgestellt und nutzbar gemacht. Die Besitzer des früheren Brauereianwesens beteiligen sich sehr lebhaft an der Genossenschaft. Große Mengen Johannis- und Heidelbeeren wurden zu Säften und Gelälz verarbeitet und schon beginnen sich die gewaltigen Lagerfässer in den Riesenkellern statt mit Bier mit unvergorenen Obstsäften zu füllen. Zum erstenmal wurde in Deutschland eine einstige Großbrauerei in das Gegenteil verwandelt.

r **Mord.** Oehringen, 15. Okt. Die gesamte Einwohnerschaft befindet sich in furchtbarer Aufregung. Zwei Familien und eine betagte Mutter sind in unsagbares Unglück gestürzt. Zwischen den beiden Schwägern Dr. med. Otto Riedel und Rechtsanwalt Adolf Haas bestanden seit längerer Zeit Differenzen. Am Donnerstag Abend kamen sie in einer Wirtschaft in Streitigkeiten. Dr. Riedel ging nach Hause und holte sich seinen Revolver und ging in die Wirtschaft zurück. Als Rechtsanwalt Haas sich auf den Heimweg machte, lauerte Dr. Riedel ihm im Garten der Villa des Haas auf und tötete ihn durch einen Herzschuß. Haas steht in den vierziger Jahren, Dr. Riedel ist einige Jahre jünger. Der Getötete hinterläßt eine Witwe und drei Kinder. Am Freitag war die Staatsanwaltschaft Hall hier und sezierte die Leiche. Dr. Riedel wurde verhaftet.

r **Umsatzsteuergefährdung.** Biberach, 15. Okt. Wegen Umsatzsteuergefährdung bezw. Steuerhinterziehung wurde der hiesige Kaufmann Rudolf Hohenadel vom Schöffengericht zu 25 000 ℳ Geldstrafe verurteilt.

*

r **Erschossener Einbrecher.** Von der bayerischen Grenze, 15. Okt. Der Schmied Hänsle von Ilgmenmingen wurde nachts, als er bei dem Bahnbediensteten Schmidt einen Einbruch versuchte, von diesem niedergeschossen und tödlich verletzt.

Gesteigert wird die **Kauflust** des Publikums durch Anzeigen im „Gesellschafter."

Vermischtes.

— **Vom Armenhäusler zum Millionär.** Zum siebenfachen Millionär wurde ein alter Mann, der mehrere Jahre im Armenhause in Leba in Pommern sein Dasein hatte fristen müssen. Von Verwandten aus Amerika erbte der Alte mehrere Tausend Dollar, die bei unserer heutigen Valuta den Armenhäusler in einer Nacht zum mehrfachen Millionär machten.

— **Aus der Zeit.** Wie glaubwürdig berichtet wird, las man kürzlich in Leipzig den Anschlag des Betriebsrates eines Leipziger Betriebs, der folgenden Wortlaut hatte: Achtung! Kontrolle! Morgen findet Kontrolle statt. Alle haben mitzubringen: Letzte Quittung der Leipziger Volkszeitung (USP.), Kirchenaustrittsbescheinigung, desgleichen Mitgliedsbuch der USP. Der Betriebsrat. — Diese Aufforderung spricht für sich selbst.

— **Woher kommt der heiße Oktober?** Der „zweite Sommer", der uns in diesem Herbst erfreut, bringt mit einer sonst im Oktober ganz unbekannten Wärme auch ein merkwürdiges Blühen und Leben in der Natur und erregt im Zusammenhang mit der großen Hitze dieses Sommers überhaupt die Aufmerksamkeit der Wetterkundigen. Manche Meteorologen neigen zu der Annahme, daß es sich hier um eine „kosmische" Erscheinung handle, die mit einer „Zunahme der Sonnenenergie" zusammenhängt. Der englische Naturforscher Sir Oliver Lodge bringt diese gesteigerte Tätigkeit der Sonne mit den Sonnenflecken in Zusammenhang und weist auf den elektromagnetischen Sturm hin, der sich im September ereignete. Nach seiner Ansicht wird die Sonnenenergie noch zunehmen, sodaß wir eine längere Periode großer Wärme auf der Erde zu erwarten haben, die ihren Höhepunkt erst in einigen Jahren erreichen wird. Eine noch kühnere Theorie stellt der Meteorologe Mariott auf, der ebenfalls behauptet, daß die Welt sich jetzt in dem heißesten Stadium seit ihrer Entwicklung befinde. Nach seiner Ansicht haben die „Eisperioden" einen größten Zwischenraum von etwa 32 000 Jahren und wir sind gegenwärtig von dem Beginn der letzten Eiszeit 16 000 Jahre entfernt, sodaß wir uns also auf der Höhe der Entwicklung zur Wärme befinden, während in 16 000 Jahren wieder ein Maximum von Kälte erreicht wäre. Wie dem auch sei, wir wollen uns des späten Sommers freuen, der uns noch einmal blühende Rosen und das Gaukeln lustiger Schmetterlinge bringt, als ein gütiges Geschenk der unerschöpflich reichen Natur.

Witzecke.

„Elektrische Schweißmaschinen" waren in der Gewerbehalle angekündigt.

„Wie praktisch", sagte der kleine Fritz. „Da braucht man sich so' ne Maschine und muß nich selber schwitzen."

*

Beim Sportfest. „Der da wird der Erste — der mit dem roten Halstuch."

„Quatsch, Halstuch! Das ist doch seine Zunge."

*

„Wem sieht denn Ihr kleiner Junge eigentlich ähnlich?"

„Oh, er hat die Augen von meiner Frau, die Nase von mir, aber die Stimme, die muß er von unserer Autohupe haben!"

Turnen, Spiel und Sport.

F. C. Altensteig-Berneck komb. I. — F. C. Nagold I 0:11 (0:5) Ecken 0:8

F. C. Altensteig Jugend — F. C. Nagold Schüler 2:2 (0:1)

F. C. Walddorf I. — F. C. Nagold III. 3:3.

Der F. C. Nagold folgte gestern einer Einladung der Fussballvereine Altensteig und Berneck um gegen deren comb. I Elf ein Propagandaspiel auszutragen. Nagold kam dem Rufe gerne nach; es galt doch dem Sport neue Anhänger zuzuführen; dieser Zweck dürfte auch erreicht worden sein, da beide Spiele sehr fair ausgetragen wurden. Eine stattliche Zuschauermenge umsäumte den schön gelegenen Sportplatz in Altensteig, als um ½3 Uhr die beiden Jugendmannschaften sich dem Schiedsrichter stellten. Nagold's Schüler errangen durch ihr technisch gutes Spiel einen glatten 2:0 Sieg über den körperlich überlegenen Gegner. Es war eine wahre Freude die Gewandtheit und das Verständnis der Jungmannen bewundern zu dürfen. Der Siegerelf ein Gesamtlob. Pünktlich um ¼4 Uhr traten die bereits genannten Mannschaften an. Das Spiel stand, wie auch das Resultat sagt, unter einer andauernden Ueberlegenheit von Nagold. Altensteig-Berneck suchte die technischen Mängel durch Eifer auszugleichen und muss der Elf hoch angerechnet werden, dass sie das Spiel immer offen zu halten trachtete. In der Mannschaft steckt ein guter Kern und wird sie sicher mit der Zeit, wenn noch mehr Spielerfahrung da ist, ein beachtenswerter Gegner. Nagold enttäuschte etwas; es hätte erwartet werden dürfen, dass die Elf mehr Wert auf ein flaches Kombinationsspiel legen würde, anstatt dessen zeigte sie oft eine Uneinheitlichkeit, die sich wohl in gute Einzelleistungen auslöste. Damit werden aber gegen starke Gegner keine Erfolge erzielt. Das Spiel war nicht zuletzt als Uebungsspiel, für durch empfindliche Spielerverluste heimgesuchte Verbandself gedacht. Es war daher vollständig verfehlt während des Spiels sinnlose Umstellungen vorzunehmen. Die Mannschaft spielte im übrigen fair und einige Stürmer legten eine erfreuliche Schussfertigkeit an den Tag. Mögen sie auch in der kommenden Verbandsserie ihre Schießstiefel nicht zu Hause lassen; es werden dann auch Erfolge nicht ausbleiben. Die Halblinie und Verteidigung hatten selten Schwierigkeiten zu lösen, sie waren stets ihrer Aufgabe gewachsen und arbeiteten zufriedenstellend. Nach den Spielen wurden noch gemütliche Stunden verlebt. Es war sehr erfreulich, dass so viele passive Mitglieder der Einladung Folge leisteten und den „Kirwesonntag" im frohen Vereinskreise verlebten. Hoffentlich sieht man die „Passiven" in Zukunft auch in den Versammlungen; dann wird der ausgleichende Sportsgeist erst sein Ziel voll erreichen. St.

Familiennachrichten.

Auswärtige.

Eugen Volz, Kaufmann, 48 J., Pfalzgrafenweiler.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Entscheidung von Genf.

London, 17. Okt. Der „Observer" bringt eine Uebersicht über die Entscheidung des Völkerbundsrats in der oberschlesischen Frage, die heute veröffentlicht werden soll. Das reine Ergebnis der Lösung des Völkerbunds ist dem Blatt zufolge, daß die Hälfte des oberschlesischen Industriegebiets, das infolge seiner jahrhundertelangen Entwickelung unter deutscher Verwaltung einer der wichtigsten industriellen Mittelpunkte Europas geworden ist, und besonders das wirklich ertragsreiche Industriegebiet Oberschlesiens Deutschland weggenommen und Polen gegeben werde. In der Hauptsache läuft die Lösung auf folgendes hinaus:

1. Politisch. Die neue Grenzlinie schneidet mitten durch das Industriedreieck. Sie ist festgelegt worden nur nach dem Grundsatz, eine Mindestzahl von Polen auf deutscher und eine Mindestzahl Deutscher auf polnischer Seite zu lassen.

2. Wirtschaftlich. Man hat versucht, der politischen Grenze die Bedeutung zu nehmen, indem man ihr gewisse wirtschaftliche Maßnahmen auferlegte, die dazu bestimmt sind, den einheitlichen Charakter des Industriedreiecks während eines Zeitraums von 15 Jahren zu wahren. Es wird die Schaffung einer gemischten Kommission den Deutschen und Polen vorgeschlagen, sofern beide Parteien dies wünschen, unter dem Vorsitz eines Völkerbundsvertreters. Diese Kommission soll die Befugnis haben, die praktischen Einzelheiten zur Durchführung des Planes auszuarbeiten. Dieser Kommission soll zur Seite stehen eine andere von gemischten Ausschüssen.

3. Bei der Frage der Eisenbahnen soll z. B. ein gemischter Ausschuß einen Plan zur Aufrechterhaltung des gesamten Eisenbahnsystems sowohl auf deutscher wie auf polnischer Seite der Grenzlinie als gemeinsamem System für das Gebiet des Industriedreiecks ausarbeiten. Die Einnahmen aus den Eisenbahnen sollen nach der Länge der Schienenstrecke, sowie nach dem Umfang des Verkehrs unter den verschiedenen Zonen verteilt werden.

4. Es sei klar, daß eine politische Grenze sofort eine Zollgrenze werde. Um diesem Einwand zu begegnen, schlage der Völkerbundsrat vor, daß zwei Uebergangsperioden geschaffen werden sollen, a) eine Periode von 6 Monaten und b) eine Periode von 14½ Jahren, während deren die normale Zollabgabe eingestellt werden solle.

5. In der Periode von 6 Monaten soll beiden Staaten vollkommen gestattet sein, ihre Geschäfte zu organisieren, als ob die politische Grenze überhaupt nicht bestände. Wenn beispielsweise ein besonderer Artikel, der nach Deutschland eingeführt werde, zur Verarbeitung nach Oberschlesien in eine Fabrik geschickt werden solle, die auf polnischer Seite der neuen Grenze liege, so werde der Gegenstand die neue Grenze passieren, ohne daß dafür ein Zoll erhoben werden müsse.

6. Bei der Periode von 14½ Jahren sollen alle Rohstoffe, die aus der polnischen oder der deutschen Zone stammen oder in einer dieser Zonen verbraucht werden sollen, die Grenze ohne Zoll hin und herpassieren. Deshalb können z. B. deutsche Waren, die in deutschen Fabriken, die in der neuen polnischen Grenze liegen, fertiggestellt werden sollen, zollfrei ausgehen.

7. Die gemischte Kommission soll befugt sein, ein allgemeines Uebereinkommen zwischen Deutschland und Polen auszuarbeiten, das eine vollständige Ausfuhrfreiheit der Artikel vorsieht, die von den Industrien auf der jeweilig anderen Seite der Grenzlinie benötigt werden. Eine besondere Klausel sei beigefügt, die Deutschland nicht gestatte, auf Waren aus Polen Einfuhrzölle zu legen.

8. Während der Periode von 15 Jahren sollen keinerlei Zwangsenteignungen gestattet sein.

9. Die Deutschen, die auf polnischer Seite der Grenze leben, haben während 15 Jahren das Recht, für die deutsche Untertanenschaft zu stimmen.

10. Die deutsche Mark wird als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anerkannt.

11. Die deutsche Sozialgesetzgebung bleibt in Kraft, bis die polnische Regierung allgemeine eigene Gesetze ausgearbeitet hat.

12. Die Wasserversorgung im ganzen Industriedreieck, auf jeden Fall soweit die bestehenden Systeme in Betracht kommen, bleibt in dauernder internationaler Dienstbarkeit.

13. Das augenblickliche System der elektrischen Kraftversorgung soll bestehen bleiben. Die Polen werden jedoch nach einem Zeitraum von drei Jahren das Recht haben, eine der beiden Kraftstationen im Dreieck anzukaufen. Die Kraftstation, die für den Ankauf durch Polen in Betracht kommt,

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ist die von Chorzow, das auf polnischer Seite liegt, da die andere Kraftstation, nämlich die von Hindenburg, auf deutscher Seite liegt.

Letzte Kurz-Meldungen.

Der südslavische Ministerrat beschloß die Bahnverbindung Belgrads mit der Adria über Cattaro.

Die Union wurde von Japan um Vermittlung in der Schantungfrage zwischen Japan und China angerufen.

Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft erläßt eine Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens.

Der Aeltestenausschuß des Reichstags wird am Montag über die Einberufung des Reichstags beschließen, die voraussichtlich für Freitag erfolgt.

Handels- und Marktberichte.

Vom Häute- und Ledermarkt. Die Aufwärtsbewegung am Rohhäutemarkt hat sich auch im Oktober in allen Gattungen Häute und Felle weiter fortgesetzt und den an und für sich schon hohen Preisstand vom September weit überholt; die ganze Preisentwicklung am Rohhäutemarkt ist nunmehr in eine Lage gedrängt, die an die Verhältnisse zu Anfang des vorigen Jahres erinnert. Die Auf- und Abbewegung im Frühjahr 1920, wo die Preise für Großviehhäute von 15 ℳ im Januar bis auf 35 ℳ im April in die Höhe gingen, vom April bis Mai aber dann wieder bis auf 6—7 ℳ pro Pfund zurückgingen, erinnert allzu deutlich an die heutige Aufwärtsbewegung bis auf die Abwärtsbewegung. Die enorme Preissteigerung mag vor allem in dem niedrigen Stand der Mark begründet sein. Andererseits ist aber die lederverarbeitende Industrie, insbesondere die Schuhindustrie in letzter Zeit gut beschäftigt und das Angebot in Leder genügte vielfach kaum zur Deckung des Bedarfs. In der Lederindustrie, schon besser gesagt, Konjunkturindustrie, müssen die Preise natürlich folgen und gehen auch prompt in die Höhe, sobald die Aufwärtsbewegung am Rohhäutemarkt einsetzt. Wie der Verbraucher aber die neue Preissteigerung aufnehmen wird, ist noch recht zweifelhaft.

Schweinemarkt. Herrenberg, 15. Okt. Zufuhr schwach: 80 St. Milchschweine, 12 Paar Läuferschweine. Preis für Milchschweine 400—600 ℳ, Läuferschweine 900—1400 ℳ. Verkauf 30 St. Milchschweine und 6 Paar Läuferschweine.

r **Herbstnachrichten.** Die Weingärtner-Gesellschaft in Weinsberg versteigert am 18. Oktober 170 Hektoliter Trollinger, 140 Hektoliter Weißriesling, 280 Hektoliter Weißwein und 40 Hektoliter Rotgemisch. — In Grantschen wurde die Weinlese beendet. Die Qualität ist vorzüglich. Weinkäufe wurden zu 3500—3780 ℳ pro Eimer abgeschlossen. — In Ingelfingen hat die Weinlese nunmehr begonnen. Es wurden Mostgewichte von 104 Grad nach Oechsle festgestellt. — Die Weinlese auf Schloßgut Lichtenberg brachte überaus hohe Preise. Das Hektoliter Weißriesling wurde mit 2560—2655 ℳ, Muskatrollinger mit 29.5—2945 ℳ, Trollinger und Lemberger mit 2500—2810 und Rotgemisch mit 1710—1900 ℳ bezahlt.

Landwirtsfrauen gedenkt der Stadtkinder!

Geschäftliches.

Wäsche, wasche dich selbst, das ist das Leitmotiv des Waschprozesses mit Persil! Dieses erstklassige selbsttätige Waschmittel, dessen Zusammensetzung auf wissenschaftlicher Grundlage beruht, macht alle anderen bisher gebräuchlichen Waschmittel, wie Seife, Seifenpulver, Chlor, Soda usw. entbehrlich und darf mit diesen in keiner Weise verwechselt werden. Persil schont die Wäsche außerordentlich, da es Schmutz, Fett und Flecken aller Art spielend löst, aber das Gewebe absolut nicht beschädigt. Besonders vorteilhaft macht sich dieser Umstand bei feiner Wäsche, Spitzenstoffen usw. bemerkbar, die in Persillauge nur eine gewisse Zeit zu ziehen brauchen, um sie tadellos zu reinigen. Es kann daher der Gebrauch dieses Waschmittels, das heute schon wieder millionenfach angewendet wird, nicht dringend genug empfohlen werden.

Mutmaßliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.
Vielfach bedeckt, kühl, Niederschläge.

Amtliche Bekanntmachung.

Der **Vieh- und Schweinemarkt in Herrenberg** findet am Mittwoch, den 26 ds. Js. statt. Die näheren Bedingungen sind auf dem Oberamt oder dem Stadtschultheißenamt Herrenberg zu erfahren. 1424

Nagold, den 15. Okt. 1921. Oberamt: Müng.

Laufende Teurungszuschüsse.

I.

Alle Empfänger laufender Versorgungsgebührnisse erhalten aus Anlaß der gegenwärtigen Teurung von **Amtswegen** mit Wirkung vom 1. Aug 1921 ab bis auf Weiteres laufende Teuerungszuschüsse, die monatl. vorausbezahlt werden.

Ein Anspruch auf die Teurungszuschüsse besteht nicht. Von der Gewährung dieser Zuschüsse sind u. a. ausgenommen Beschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um weniger als 50 v. H. gemindert ist.

II.

Es erhält monatlich:

jeder Beschädigte,
dessen Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 v. H. gemindert ist (Schwerbeschädigte) . . . . . 30,— ℳ
und daneben,
a) wenn er für Kinder zu sorgen hat, f. jed. Kind 15,— ℳ
b) wenn er nicht im Erwerbsleben steht u. seine Erwerbsfähigkeit gemindert ist um 70 od. 80 v. H. 20,— ℳ
um 90 oder 100 v. H. 45,— ℳ
jede Witwe . . . . . 25,— ℳ
und daneben, wenn sie erwerbsunfähig im Sinne des § 37 Abs. 2 u. 3 R.V.O. ist und nicht im Erwerbsleben steht . . . . . 15,— ℳ
jede Waise . . . . . 15,— ℳ
jeder Elternteil . . . . . 15,— ℳ

Beschädigte, die Versorgungsgebührnisse nach den vor dem R.V.G. erlassenen Militärversorgungsgesetzen beziehen, (sogen. Altrentner) sind gleichberechtigt.

III.

Die Teurungszuschüsse für Schwerbeschädigte und der Teurungszuschuß von 15 ℳ für erwerbsunfähige und nicht im Erwerbsleben stehenden Witwen, werden durch die für den Wohnsitz **zuständige Bezirksfürsorgestelle,** die übrigen Teurungszuschüsse (25 ℳ für jede Witwe, 15 ℳ für jede Waise und 15 ℳ für jeden Elternteil) durch die Postkasse bezahlt.

Die Zahlung durch die **Bezirksfürsorgestelle** erfolgt sobald die Mittel hierfür zur Verfügung gestellt und die notwendigen Erhebungen für die Auszahlung abgeschlossen sind.

1431 Rieger.

Wir suchen für dauernde, leichte Arbeit

15—20 Mädchen

zum sofortigen Eintritt. 1433

Metallwarenfabrik Nagold.
(Anmeldungen bei Herrn Haag, Köhlerei)

Schreibmaschinen

Adler u. Stoewer Rekord
fabrikneu sofort günstig abzugeben.
Eilanfragen an
Louis Schleh, Bürobedarf
1423 **Freudenstadt.** Tel. 27.

Alle Bücher
Zeitschriften, Modeblätter, Musikalien
sind zu Originalpreisen zu beziehen durch die
Buchhandlung G. W. Zaiser, Nagold.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den OA.-Bezirk Nagold.

Bekanntmachung.

Die Arbeitgeber haben die gesetzl. Verpflichtung, jeden von ihnen Beschäftigten, der zur Mitgliedschaft bei der Kasse verpflichtet ist, mit Ausnahme der unständig Beschäftigten, bei der für seinen Beschäftigungsort zuständigen, in jeder Gemeinde des Kassenbezirks errichteten örtl. Geschäftsstelle der Kasse (Schultheißenamt), in Nagold jedoch bei der Hauptkasse und in Altensteig bei der dortigen Verwaltungsstelle, **binnen 3 Tagen nach Beginn und Ende der Beschäftigung** (spätestens am letzten Werktag der Kalenderwoche, in die der dritte Tag nach Beginn u. Ende der Beschäftigung fällt), auf dem vorgeschriebenen Formular zu melden. Die Anmeldung kann unterbleiben, wenn vorübergehend nicht gearbeitet, das Arbeitsverhältnis jedoch nicht gelöst ist.

Dieselbe Verpflichtung besteht im Falle des Eintritts einer Lohnveränderung.

Da diese **Vorschriften** nicht immer beachtet werden, hat der Kassenvorstand im Interesse der Ordnung beschlossen, in Zukunft säumi. säumigen Arbeitgeber ohne Ausnahme ... Versicherungsamt zur Bestrafung anzuzeigen.

Wir bringen diesen Beschluß hiemit zur öffentlichen Kenntnis.

Nagold, den 15. Oktober 1921. 1430

Vors. des Vorstands: Ilg. **Verwalter:** Lev

Bez.-Obstbau-Verein Nagold.

Der Bez. Obstbau-Verein hält am **Sonntag den 23. Okt. d. J.** seine 1427

Herbstversammlung

in Ebhausen in der Traube. Anfang 1/2 2 Uhr nachmittags und ladet Freunde und Mitglieder dazu freundlich ein. Vortrag von H. Obstbauinspektor Schaal über Obstbau im allgemeinen und über die Baumwärter- und OA.-Baumwartskurse.

Verbunden wird damit eine

Obstausstellung

der gangbarsten Lokalsorten des Bezirks und werden die H. Baumwärter und Gärtner zu fleißiger Beschickung hiemit aufgefordert.

Der Sekretär des Bez.-Obstbau-Vereins:
L. Renz.

Altensteig.
Habe 10—15 Ztr. schöne
Tafel-Birnen
gute, haltbare Sorten, billigst zu verkaufen.
1422 **Walz,** Obsthandlung.

1076 **Möbel-Spedition Adolf Kraft**
Ettlingen, Wilhelmstr. 5.
Uebernahme von Umzügen jeder Art,
Verpackung, Versicherung.
Reelle und fachkundige Bedienung.

Kontrollkasse
National, geg. bar zu kaufen ges. Angeb. u. B. N. K. 7693 a. Exp. d. Ztg. 1408

„Nissin" gegen **Kopfläuse**
Nichts anderes nehmen.
Zu haben in der **Apotheke.**

Dresdner Bank
Aktienkapital und Reserven
M 500 Millionen
Stuttgart Cannstatt Heilbronn Ulm
27

1432 **Unterjettingen,** 16. Okt. 1921.

Trauer-Anzeige.

Unser lieber unvergeßlicher Sohn

Gustav Adolf

ist heute früh an den Folgen einer schweren Blutvergiftung im Alter von 7 Jahren gestorben.

In tiefem Schmerze

Friedrich Bräsamle, Schultheiß, u. Frau Barbara geb. Walter, mit ihren Kindern **Marie** u. **Friedrich.**

Beerdigung Dienstag mittag 1/2 2 Uhr.

Nagold.
Wiesen-Heu
etwa 25 Zentner 1425
zu kaufen gesucht.
Dr. Metzger.

Die Folgen der Kriegsjahre
Blutarmut, Bleichsucht, allgem. Körperschwäche, Nervosität usw. beheben Sie durch
„Haematogen-Wilmo"
mit Zusätzen von Lecithin oder Malzextrakt. „Wirkt geradezu überraschend!" — Herzlich empfohlen, besonders für die Jugend! 963
Zu haben in der
Apotheke Theodor Schmid.

Städt. Volksbücherei.
Bücherausgabe künftig **jeden Dienstag, 6—7 Uhr nachmittags.** 1428

Ordentliches, kinderliebes
Mädchen
zu kleiner Familie **für sofort gesucht.** 1429
W. Baumann, Nagold
Haiterbacherstraße
(neben Dreher Gutekunst).

Plakate:

Neuer Most
Neuer Wein
Metzelsuppe
Ochsenmaulsalat
sind vorrätig bei
G. W. Zaiser, Nagold.